

GEWERKSCHAFTEN

„Der völlig falsche Weg“

Frank Werneke, 38, stellvertretender Ver.di-Chef und Verhandlungsführer im Tarifkonflikt der Druckindustrie, über die Chancen einer Einigung

SPIEGEL: Die Arbeitgeber der Druckindustrie fordern das Ende der 35-Stunden-Woche, betriebliche Öffnungsklauseln für weniger Urlaubsgeld und Jahressonderzahlungen sowie den zuschlagfreien Samstag als regulären Arbeitstag. Sie selbst reagierten mit Warnstreiks. Wie geht es weiter?

Werneke: Wir werden die Warnstreiks ausdehnen und noch mehr Belegschaften einbeziehen. Die Verhandlungen über die Reform des Manteltarifvertrags für die 200 000 Beschäftigten laufen ja seit 2003, die Forderungen der Arbeitgeber liegen seit Frühjahr 2004 konkret vor. Wir hatten bereits 13 Verhandlungsrunden. Inzwischen ist der Tarifvertrag ausgelaufen und im Stadium der Nachwirkung. Es ist heute schon zu beobachten, dass manche Arbeitgeber versuchen, trotzdem den Tarifvertrag zu unterlaufen. Unsere Friedenspflicht ist erloschen.

SPIEGEL: Die Fronten sind verhärtet?

Werneke: Die Arbeitgeber beharren auf all ihren Forderungen. Wir fordern 3,7 Prozent mehr Geld, wobei wir mit Blick auf die Tarifabschlüsse anderer Branchen durchaus bewegungsfähig sind. Zusätzlich bieten wir eine ganze Reihe anderer Vorschläge an. Zum Beispiel mehr Flexibilität im Sinne von anderer Verteilung der Arbeit. Bisher war der Vertrag, was den Bereich Arbeitszeitkonten angeht, sehr restriktiv. Das muss nicht so bleiben, die 35-Stunden-Woche schon.

SPIEGEL: Warum wehren Sie sich so gegen längere Arbeitszeiten, die heu-



Werneke

te vielerorts schon üblich sind?

Werneke: Wir haben es mit einer Branche zu tun, in der die Produktion kontinuierlich zurückgeht, weil etwa die Zeitungsauflagen sinken. Eine Trendumkehr ist nicht erkennbar. Reagiert man in einer solchen Situation mit längeren Arbeitszeiten, kann man sich an

drei Fingern abzählen, dass am Ende Arbeitsplätze gestrichen werden. Und das, obwohl in den vergangenen vier Jahren bereits 15 Prozent aller Jobs im Druckgewerbe abgebaut wurden. Arbeitszeitverlängerung ist der völlig falsche Weg.

SPIEGEL: Dann läuft alles auf eine Urabstimmung hinaus?

Werneke: Wir wollen den Flächentarifvertrag zügig neu abschließen. Wenn es notwendig ist, haben wir aber keine Angst, die Verhandlungen noch länger zu führen und mit Warnstreiks zu begleiten. Es mehren sich heute schon die Stimmen, die eine rasche Urabstimmung fordern, um den Streik flächendeckend auszudehnen. Wenn die Arbeitgeber nicht anfangen, ihr Forderungspaket aufzuschnüren, wird die Urabstimmung kommen. Und zwar nicht erst im Herbst.

SPIEGEL: Die Arbeitgeber können Sie doch noch lange zappeln lassen?

Werneke: Natürlich ist die Ausgangslage für Gewerkschaften derzeit nicht so günstig wie in den achtziger Jahren. Da mache ich mir keine Illusionen. Aber im konkreten Fall sehe ich bei den Belegschaften die Bereitschaft zu kämpfen.



Pischetsrieder vor Jetta

VOLKSWAGEN

Fehlstart in Amerika

In den USA verschärfen sich die Probleme von VW-Vorstandschef Bernd Pischetsrieder. In den ersten vier Monaten brach der Absatz der Marke Volkswagen um knapp 19 Prozent ein. Ein Grund: Der Start des wichtigsten Modells für den US-Markt, des neuen Jetta, wurde verpatzt. VW glaubte, auf Werbung weitgehend verzichten zu können, weil der Wagen in Autotests sehr gut abgeschnitten hatte. Das erweist sich nun als Irrtum. Zudem klagen Händler, VW habe ihnen Fahrzeuge mit extrem viel Sonderausstattung geliefert, die zu Preisen um 25 000 Dollar kaum verkäuflich seien. Wenn sich die Zahlen nicht bessern, muss Len Hunt, der erst seit März 2004 USA-Volkswagen-Chef ist, seinen Posten wohl bald räumen.

KONZERNE

Schutzschild für die TUI

Der Rückzug der WestLB als Großaktionär beim Reiseveranstalter TUI hat für den Konzern einen angenehmen Nebeneffekt. Vorstandschef Michael Frenzel dürfte es künftig leichter fallen, sich gegen eine feindliche Übernahme zu wehren. Grund: Nach dem WestLB-Ausstieg erhielten die TUI-Manager Post von EU-Behörden, die eine Umstellung der Anteilscheine von Inhaber- in Namensaktien nahe legte. Auslöser für das Schreiben ist eine EU-Vorschrift, wonach sich Fluglinien, auch die der TUI, überwiegend in europäischem Besitz befinden müssen, um die Verkehrsrechte nicht zu verlieren. Eine Auflistung der einzelnen Aktieninhaber war zuvor nicht nötig, weil etwa eine US-Übernahme dank der WestLB-Beteiligung von gut 30 Prozent kaum möglich gewesen wäre. Auf der Hauptversammlung am 11. Mai segneten die Aktionäre den Antrag mit großer Mehrheit ab – und verschafften Konzernchef Frenzel damit ein Frühwarnsystem gegen aggressive Investoren, die den Touristik- und Logistikkonzern gern zerschlagen würden.



Druckerei

JOCHEN GÜNTHER